

Joachim Grossert

Der 17. Juni 1953 im Kreis Bernburg

„Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“ – dieser Spruch mag auch in der Bernburger Region Anfang der 1950er Jahre umgegangen sein. Gemeint waren Walter Ulbricht, der 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, Wilhelm Pieck, der Staatspräsident, und Otto Grotewohl, der Ministerpräsident der DDR und vor der Gründung der SED SPD-Mitglied. Auch unter den Menschen, die sich nicht nur eine antifaschistische, sondern auch eine antikapitalistische Alternative zur Katastrophe der NS-Zeit und des 2. Weltkrieges wünschten, verlor die Politik der drei mächtigsten Genossen in der DDR bis Mitte 1953 mehr und mehr Anhänger. Zu sehr prägten die zentrale Steuerung der gesamten Wirtschaft, die Verfolgung und Inhaftierung von oft nur vermeintlichen Feinden, die Desinformation durch Presse und Rundfunk und eine weit hinter der Bundesrepublik zurückbleibende Versorgungslage das Alltagsleben der DDR-Bürger. Es genügte eine administrativ verfügte Anhebung aller Normen in allen Wirtschaftszweigen und in der ganzen DDR, dass sich Wut, Unbehagen und der Wunsch nach einem besseren Leben ab dem 17. Juni 1953 in einer bis dahin in der Welt des Sozialismus nicht gekannten Aufstandsbewegung entluden.

Bekannt sind die spektakulären Vorgänge in Ost-Berlin, ausgehend von den Bauarbeitern der Stalinallee - ihr Architekt, Hermann Henselmann, wuchs in Bernburg auf und war am 19.2.1953 Ehrenbürger von Bernburg geworden. In der näheren Umgebung der Kreisstadt Bernburg waren Halle, Bitterfeld, Eisleben, Magdeburg und Calbe Zentren des Volksaufstandes – aber war es „in der Provinz“ ruhig geblieben? Bezog sich der von 1954 bis 1989 in der BRD als Feiertag begangene Gedenktag für den Volksaufstand nur auf die bekannten Zentren? Der Kreis Bernburg – genau zwischen Halle und Magdeburg gelegen – wurde publizistisch bisher nirgends im Zusammenhang mit dem 17. Juni erwähnt.¹ Im Folgenden soll gezeigt werden, dass aber auch hier die Macht der SED in der Mitte des Jahres 1953 buchstäblich am seidenen Faden hing und sowjetische Panzer den Statthaltern von „Spitzbart, Bauch und Brille“ die politische Macht retteten.

In Bernburg lebten 1953 knapp 50.000 Einwohner, darunter Tausende „Umsiedler“. Die Stadt war von größeren Kriegsschäden verschont geblieben, das größte Unternehmen der Stadt aber, die Sodawerke – bis 1945 Konzernsitz der Deutschen Solvaywerke (DSW) – wurden im Rahmen der Reparationsleistungen an die Sowjetunion demontiert. Mit einer bemerkenswerten Aufbauleistung schafften es Bauarbeiter und die Stammebelegschaft, dass im Oktober 1952 die Sodaproduktion wieder aufgenommen werden konnte. Dennoch mussten 1953 noch weitere Werkhallen und Produktionsanlagen neu gebaut werden. Über 1.000 Bauarbeiter von Fremdfirmen arbeiteten auf dem Werksgelände. Von diesen ging dann auch am Morgen des 18. Juni die Streikbewegung aus.

Zuvor allerdings - am 17. Juni in der Zeit von 20.00 bis 21.10 Uhr – geriet die gesamte Soda-Produktion in akute Gefahr, als im Kalksteinbruch die Arbeit niedergelegt wurde und die Seilbahn für den Transport des Kalkstein über die Saale zu den Kalköfen stillstand – der Arbeiter Wiede hatte sie abgestellt. An den Hunten der Seilbahn, sehr wirksam für die Bernburger Bevölkerung lesbar, waren Losungen mit der Aufschrift „Legt die Arbeit nieder“ angebracht.² Ein sofortiger sogenannter „Agitationseinsatz“ von Vertretern der SED-Betriebsparteileitung führte zum alsbaldigen Abbruch der Aktion.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Versorgt mit den Informationen über den Aufstand in Ost-Berlin, Halle und anderswo – man hörte vor allem RIAS, die SED kämpfte völlig aussichtslos dagegen an – begann der 18. Juni mit dem Streik der Bauarbeiter im Sodawerk. Ab 7.00 Uhr streikten die Maurer- und Zimmererbrigaden der Bauunion Calbe, die Kollegen der Nagma Erfurt und Staßfurt, der EKM Meerane, der Abus-Stahlbau, insgesamt ca. 700 Arbeiter³. 200 Arbeiter zogen durch die Sodafabrik und forderten das Stammpersonal zur Arbeitsniederlegung auf – mehr oder weniger vergeblich.⁴ Um 7. 40 Uhr spitzte sich die Lage dramatisch zu, als sich 600 Arbeiter vor dem Werkstor mit dem Vorsatz versammelten, durch die Stadt Bernburg zu demonstrieren – der Sitz der SED-Kreisleitung (das regionale Machtzentrum) befand sich nur 200 Meter in Richtung Stadtmitte vom Werk entfernt. Fast gleichzeitig wurden die Sodawerke von Panzern und Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) von außen belagert. Im Polizeibericht liest sich das so: „Die Streikenden versuchten zum Tor der Sodafabrik hinauszumarschieren. Es kamen Volkspolizei, Soldaten der Kommandantur sowie der Stadtkommandant persönlich zum Einsatz. Das Werksgelände wurde abgeriegelt.“⁵ Die Panzer konnten so schnell am Ort des Geschehens sein, weil die Sowjetarmee die Bernburger Kasernen, die in der NS-Zeit errichtet worden waren, bezogen hatte.

Ab 8.45 Uhr kehrten die Arbeiter wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Mittags waren 70% der Streikenden nach Hause gefahren, in den Abteilungen Bau und Hof des Sodawerkes wurde noch diskutiert.⁶ Inzwischen war durch den Kommandanten für Stadt und Kreis Bernburg, Oberstleutnant Dsuliaschwili, der Ausnahmezustand ausgerufen worden, der vergleichsweise lange, nämlich bis zum 29.6., aufrechterhalten wurde. (In Dessau dauerte er nur bis zum 20.6. an.)⁷

Am Morgen des 19. Juni setzte sich der Streik mit inzwischen 1.000 Kollegen der Baufirmen fort. Die Sodaproduktion lief ohne Behinderung weiter, aber in manchen Abteilungen wurde heftig diskutiert, und es wurden verschiedene Resolutionen formuliert mit z.T. ökonomischen (Rücknahme der Normerhöhungen, Senkung der Preise der Arbeiterrückfahrkarten, Senkung der HO-Preise), z.T. politischen Forderungen (Ende der Hetze gegen Westdeutschland, Rücktritt von Ulbricht).

In der Schlosserei trat der 60jährige Max Sack besonders wirkungsvoll auf. Er war nach Kriegsende von der Belegschaft zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden, genoss also hohe Wertschätzung des Stammpersonals. 1948 war er wegen sozialdemokratischer Gesinnung aus der SED ausgeschlossen worden. Max Sack wendete sich gegen Arbeitsniederlegungen, formulierte aber mit seinen Kollegen besonders klare politische Forderungen. Insbesondere lag ihm daran, dass es wieder zwei Arbeiterparteien geben sollte und dass die Hetze gegen Westdeutschland aufhöre. Die Akten belegen, dass wohl seine Kollegen eher zögerlich daran gingen, die Forderung nach Beseitigung der Transparente durchzusetzen. „Ihr habt dem Beschluß zugestimmt. Jetzt müsst ihr ihn aber auch in die Tat umsetzen und eingreifen, dass die Dinger da oben verschwinden“, soll Sack gesagt haben.⁸ Der verantwortliche Redakteur der Betriebszeitung „Friedenswerk“ – natürlich das „Organ“ der BPO (Betriebsparteiorganisation) – Paul Radtke, veröffentlichte am 30. Juni 1953 auf den Bernburger Seiten der „Freiheit“ (dem „Organ“ der Bezirksparteileitung Halle) einen umfangreichen Artikel, in dem er Sack als Rädelsführer darstellte und ihm untersob, wieder faschistische Verhältnisse einführen zu wollen. Dieser Schwachsinn war nicht zum Lachen – er war gefährlich. Tatsächlich wurde Max Sack am 28.8.1953 inhaftiert und am 20.1.1954 in Halle zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der strafrechtlichen Rehabilitierung 1991 hat

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

es Max Sack endlich verdient, dass man ihn als überaus wichtige Persönlichkeit der Bernburger Stadtgeschichte wahrnimmt.

Die Streiks im Sodawerk endeten am 20. Juni. Gestreikt wurde jedoch auch in anderen Betrieben im Kreis Bernburg: Bereits am 17. Juni legten Kumpel des Kaliwerk Gröna die Arbeit nieder, ab 18. Juni mittags wurde wieder gearbeitet; in der gleichen Zeit streikten Arbeiter im Kaliwerk Friedenshall, ebenso der 40köpfige Bautrupp des Kreisbauhofes Bernburg, der in der Nienburger Zementfabrik eingesetzt war. Hierbei handelte es sich um Sympathiestreiks – eine Organisation mit Streikleitung, Forderungskatalogen etc. gab es nicht.⁹

Der Ausnahmezustand erzeugte mit Sicherheit große Angst unter der Bevölkerung. Dennoch mussten wiederholt Gruppen meist junger Leute im – wie es heißt – Zusammenwirken von Volkspolizei und sowjetischer Armee auseinandergebracht werden. Die SED-Kreisleitung holte sich am 19. Juni bei der Bezirksleitung folgenden Rat ein: „Weil Ausnahmezustand und keine Ansammlungen stattfinden sollen, deshalb die Frage, was machen wir am Sonntag mit dem Gottesdienst. Es soll angeblich eine Mitteilung des Hohen Kommissars herausgegeben sein an die Kirchen, dass der Gottesdienst gestattet sei. Der Oberpfarrer in Bernburg hat dieses mitgeteilt. Die KL bittet um Antwort.“¹⁰

Bemerkenswert sind die Spannungen auf den Dörfern im Kreis Bernburg. Die Enteignung und Verfolgung der Großbauern führte dazu, dass etliche von ihnen grundlos zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, viele jedoch in den Westen gingen. Im Juli 1952 beschloss die II. Parteikonferenz der SED, die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu forcieren. Die erste LPG im Kreis Bernburg war bereits kurz zuvor gegründet worden – am 26.6.1952 in Haus Zeitz (Ortsteil von Belleben)¹¹. Es folgte ein wahrer LPG-Gründungsboom. Dennoch verschlechterte sich die allgemeine Versorgungslage, offenkundig wurden die Äcker auch nachlässiger bestellt und gepflegt als vor der Kollektivierung. Die SED-Führung spürte, dass die Unruhen in der Bevölkerung auch von der schlechten Versorgungslage mit Lebensmitteln verursacht wurden. Der Ministerrat erließ am 11.6.1953 eine Verfügung, nach der ehemalige Großbauern ihre Wirtschaften zurück erhalten könnten und Rückkehrer aus Westdeutschland straffrei blieben. Das führte zu erheblichen Konflikten, aber auch zu Hoffnungen in allen Dörfern. Gärtnereibesitzer Jahn aus Ilberstedt äußerte zu diesem Beschluss: „Ich habe mich noch nie so gefreut, wie über den Beschluß des ZK und hatte ständige Angst vor dem Staatsanwalt.“¹²

Die Reibungen zwischen bereits zurückgekehrten Großbauern, Genossenschaftsbauern, Kleinbauern und der übrigen Bevölkerung kulminierten jedoch nicht am 17. Juni, sondern schwelten über den ganzen Monat Juni und über die gesamte Erntezeit hinweg. Aus den Berichten der Bezirksbehörde der VP in Halle und der SED-Bezirksleitung ist zu erfahren, dass bereits am 13.6.1953 die Großbauern in Könnern und Strenznaundorf ihre ehemaligen Wirtschaften wieder betreten und LPG-Bauern beschimpfen. Walter K. (Könnern) ruft ihnen „Ihr Spitzbuben“ zu und fordert sie zum Verlassen seines Geländes auf. Großbauer M. soll auf dem Hof eines „republikflüchtigen“ Verwandten in Strenznaundorf zum LPG-Vorsitzenden geäußert haben: „Jetzt bist du dran, wir werden euch schon zeigen, alles zu verwüsten.“¹³ Aus Peißen wird bekannt, dass sich die Landarbeiter die Rückkehr des Großbauern Reinicke wünschen. In sieben weiteren Dörfern (Neugatterleben, Peißen, Leau, Plömnitz, Ilbersdorf, Edlau, Schackstedt) äußerte die Mehrzahl der LPG-Bauern, dass Partei und Regierung am Ende seien und sich ein Sprichwort bewahrheite: „Strenge Herrn regier’n nicht lang!“¹⁴ Bereits einen Tag zuvor beantragte der erste Großbauer (aus Bernburg-Dröbel)

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

offiziell beim Rat des Kreises Bernburg die Rückgabe seiner Wirtschaft und fordert die Herausgabe der Schlüssel.¹⁵

Um den 20. Juli 1953 unterschrieb ein Großteil der Bevölkerung von Gramsdorf (heute Ortsteil von Pobzig) eine Resolution zur Freilassung des Großbauern Böhler und Rückgabe seines Hofes. Böhler war zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden wegen angeblicher Nichteinhaltung des Anbauplanes und des Landarbeiterschutzes, Schiebungungen usw. Bürgermeister Hermann (SED) sympathisierte stark mit dem Großbauern. Die Folge: er wurde durch die SED abgesetzt und das MfS informiert. Im Parteiprotokoll heißt es: „Die gesamte Hetze im Gut richtet sich gegen die LPG. Besonders gegen die Vorsitzende, so dass dieselbe wiederholt aus der LPG austreten wollte.“¹⁶

Auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens lassen sich Belege für die große Unruhe im Landkreis Bernburg in jenem Juni finden. Die SED manövrierte sich mit der Politik von Zuckerbrot und Peitsche durch die nächsten Wochen. Sie gestand Fehler ein und erfüllte einige der ökonomischen Forderungen der Protestanten – z.B. werden die Preise der Arbeiterrückfahrkarten und die in den HO-Läden gesenkt, Staatsgelder werden von der Schwerindustrie zur Leichtindustrie umgeleitet, wodurch sich das Warenangebot verbessern sollte.

Überall suchte man nun sogenannte Rädelsführer, während man den „Mitläufern“ „verzieh“. In Bernburg wurde – wie oben gezeigt – Max Sack in diese Rolle gepresst. Von den fünf Jahren Zuchthaus musste er fast drei Jahre hinter Gittern verbringen. Durch Funktionsenthebung und Parteiverfahren gaukelte man der Bevölkerung einen Neuanfang vor. So wurde auf Beschluss der Bezirksleitung der SED der Bürgermeister Erich Streber ab 15.9.1953 abgelöst.¹⁷ Streber war vor der Gründung der SED Mitglied der SPD. Sein Nachfolger, der 31-jährige Horst Messerschmidt, war LDPD-Mitglied, stammte aus Burg und war – was er auf Nachfrage eines Stadtrates zugibt - NSDAP-Mitglied.¹⁸ Ebenfalls auf Anweisung der SED-Bezirksleitung wurde Kreisschulrat Rückriem abgelöst. Er hatte in einer Aussprache gesagt, die Wahlen in der DDR wären nicht demokratisch und frei – ansonsten würde die SPD die Mehrheit haben.¹⁹ Allein diese Äußerung genügte, um ihn als „Schumacheragenten“ zu verdächtigen. Es gab weitere Entlassungen. Und Parteiaustritte – allein im Kaliwerk Friedenshall sind es 52!²⁰

Eine Bernburgerin machte aber durch den 17. Juni in Berlin einen großen Karrieresprung. Justizminister Fechner wurde wegen zu nachgiebiger Haltung gegenüber den Aufständischen abgelöst. An seine Stelle trat Hilde Benjamin, die 1902 in Bernburg geboren war. Durch ihre harte Führung von Schauprozessen hatte sie inzwischen längst den Beinamen „Die rote Hilde“. Stalin war tot – der Stalinismus aber lebte in der DDR fort.

[Quelle: Artikel von Joachim Grossert, enthalten in: Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Materialerhebung zum 17. Juni 1953, Magdeburg 2003.]

1 Keine Erwähnung im Standardwerk von Stefan Brant [i.e. Klaus Harpprecht], Der Aufstand, 2. Aufl., Stuttgart, 1957.

2 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle (BDVP), Nr. 9/205, Bl. 233.

3 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, BDVP, Nr. 19/205, Bl. 220.

4 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, BDVP, Nr. 19/205, Bl. 234.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

-
- 5 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, BDVP, Nr. 19/205, Bl. 234.
6 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, BDVP, Nr. 19/205 Bl. 192.
7 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, SED-Bezirksleitung, IV/2/3/611, Bl. 144.
8 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, BDVP, Nr. 19/205, Bl. 235.
9 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, BDVP, Nr. 19/205, Bl. 197.
10 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, SED-Bezirkleitung Halle, IV/2/55/1136b, Bl. 212.
11 Mitteldeutsche Zeitung, Ausgabe Bernburg, 2.7.2002.
12 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, SED-Bezirkleitung Halle, IV/2/55/1136b, Bl. 71.
13 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, SED-Bezirkleitung Halle, IV/2/55/1136aT.1, Bl. 74.
14 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, – BDVP, Nr 19/205, Bl. 177.
15 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, – BDVP 19/205/178.
16 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, SED-Bezirkleitung Halle, IV/2/55/1142b, Bl. 70.
17 StA Bernburg 8/687.
18 Volker Ebersbach, Geschichte der Stadt Bernburg, Bd. 2, Dessau 2000, S. 280.
19 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, – SED-Bezirksleitung, IV/2/4/1133, Bl. 80.
20 LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, – SED-Bezirksleitung, IV/2/4/1133, Bl. 141.